Wittgensteiner Zeitung

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag und kostet vierteljährlich in der Geschäftsstelle abgeholt Mk. 2.20. Bringerlohn monatl. 10 Pfg. Durch die Post bezogen M. 2.25 ohne Bestellgebühr
— Fernsprecher Nr. 79 —

Amtlicher Anzeiger der Stadt Laasphe, der Aemter Wittgenstein, Banfe und Erndtebrück

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Bei Anzeigen wird die einspaltige Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg. berechnet. Reklamezeile 70 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.
Girokonto Kreissparkasse Laasphe Nr. 89
— Postscheckkonto Cöln 49449 —

Nummer 63 **Laasphe,** Donnerstag den 26. Juni 1919 **44. Jahrgang**

Amtliches.

Bekanntmachung
über die Vermögensverzeichnisse nach der Verordnung vom 13. Januar 1919.

Die Frist für die Aufstellung der Vermögensverzeichnisse gemäß der Verordnung vom 13. Januar 1919 (R.-G.-Bl. S. 67) kann allgemein bis zum 30 Juni d. Js. verlängert werden.

Steuerpflichtige mit einem Vermögen von weniger als 10000 M. sollen zur Aufstellung und späteren Einreichung eines Vermögensverzeichnisses nicht angehalten werden.

Bei den Wertpapieren (einschl. der Schuldbuchforderungen) wird auf die Einsetzung der Kurs- (Steuer-) Werte und Gesamtwerte, also auf die Ausfüllung der Spalten „Kurswert" und „Gesamtwert" unter III, 1 und 2 des Musters für die Vermögensverzeichnisse, verzichtet.

Sind die Stücke der gleichen Wertpapiere verschieden groß, so genügt in der Spalte „Stückzahl" die Eintragung: „Diverse Stücke". In der Spalte „Nennwert" ist unter allen Umständen nicht der Nennwert der einzelnen Stücke, sondern der gesamte Nominalbetrag der betreffenden Wertpapiere anzugeben.

Berlin, den 27. Mai 1919.

Der Reichsminister der Finanzen.
gez. Dernburg.

* * *

Veröffentlicht mit der Maßgabe, daß die oben in Absatz 1 genannte Frist hiermit bis zum 30. Juni 1919 verlängert wird.

Siegen, den 23. Juni 1919.

Der Vorsitzende des Steueramts der Kreise Siegen, Olpe und Wittgenstein.
Bischoff, Regierungsrat.

Bekanntmachung.

Die Chausseegeldhebestellen werden mit dem 30. d. Mts. aufgelöst.

Berleburg, den 23. Juni 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Dr. Kretschmar.

An das deutsche Volk!

Die Reichsregierung hat mit Zustimmung der Nationalversammlung erklärt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Schweren Herzens, unter dem Druck der rücksichtslosesten Gewalt, nur in dem einen Gedanken, unserem Volke neue Kriegsopfer und Hungerqualen zu ersparen. Der Friede ist geschlossen. Nun wahrt und sichert den Frieden. Das erste Erfordernis ist Vertragserfüllung. Jede Anstrengung muß an die Erfüllung dieses Vertrages gesetzt werden. Soweit er erfüllbar ist, muß erfüllt werden. Nimmer werden wir derer vergessen, denen die Abtrennung droht. Sie sind Fleisch von unserm Fleisch. Wir wollen für sie eintreten, wo wir können. Aus dem Staatsverbande können sie gerissen werden, aber nicht aus unserm Herzen. Das zweite Erfordernis ist die Arbeit. Die Lasten dieses Friedens können wir nur tragen, wenn keine Hand müssig ist. Für jede nicht erfüllte Leistung können die Gegner mit Vormarsch, Besetzung oder Blockade antworten. Wer arbeitet, verteidigt den heimischen Boden. Das dritte Erfordernis heißt Pflichttreue. Wie wir trotz aller Gewissensnot auf dem Posten geblieben sind, so muß es jeder machen: Soldaten, Offiziere, Unteroffiziere, Mannschaften und Beamte. Jeder muß um des Ganzen willen seiner Pflicht treu bleiben, auch in diesen bösen Tagen. Man zwingt uns, Deutsche an fremde Gerichte auszuliefern. Wir haben uns bis zum Aeußersten dagegen gewehrt. Für die tiefe Erbitterung unserer Truppen haben wir volles Verständnis. Aber wenn nicht Offizier und Mann jetzt noch fester für die innere Ordnung eintreten helfen, so liefern sie nicht nur ein paar Hundert, sondern Millionen unserer Landsleute aus und zwar der Okkupation, der Annexion und dem Terror. Deutschland muß lebensfähig bleiben. Ohne innere Ordnung keine Arbeit, ohne Arbeit keine Vertragserfüllung, ohne Vertragserfüllung kein Friede, sondern Wiederaufflammen des Krieges. Wenn wir nicht alle mithelfen, so ist die Unterschrift unter den Vertrag wertlos, dann kann es keine Erleichterungen, keine Revision und kein schließliches Abtragen der ungeheuren Lasten geben. Was heute an Tagen versäumt wird, kann unsern Kindern Jahre der Knechtschaft kosten. Schon heute müssen Volk und Regierung an die Arbeit gehen. Es darf keine Pause geben und kein Beiseitestehen. Es gibt nur einen Weg aus der Finsternis dieses Vertrages: Erhaltung von Reich und Volk durch Einigkeit und Arbeit. Helft uns dazu, Männer und Frauen!

Reichspräsident Ebert.

Reichsregierung: Bauer, Erzberger, Hermann Müller, Dr. David, Dr. Meyer, Wissel, Robert Schmidt, Noske, Giesberts, Dr. Bell, Schlicke.

Vor der Unterzeichnung.

Die deutsche Unterwerfungsnote.

Unmittelbar nachdem die Regierung Montag nachmittag von der Nationalversammlung die Ermächtigung erhalten hatte, den Frieden zu unterzeichnen, wurde die deutsche Note an die deutschen Delegierten in Versailles weitergegeben. Um 4 Uhr 40 Minuten traf bei der deutschen Delegation in Versailles durch Ferndrucker aus Weimar der Wortlaut der Note ein. Da Freiherr von Lersner sich außerstande fühlte, diese schmerzliche Urkunde selbst zu überreichen, so wurde sie der französischen Militärkommission zur Weiterbeförderung an Clemenceau in einem versiegelten Brief gegen Empfangsbescheinigung durch einen Bureaubeamten übergeben. Die an die Bevollmächtigten der alliierten und assoziierten Regierungen übersandte Note hat folgenden Wortlaut:

„Die Regier[illegible]g der deutschen Republik hat aus der letzten Mitteilu[illegible]r alliierten und assoziierten Regierungen mit Erschüt[illegible]erung ersehen, daß sie entschlossen sind, von Deutschland auch die Annahme derjenigen Friedensbedingungen mit äußerster Gewalt zu erzwingen, die, ohne eine materielle [illegible]edeutung zu besitzen, den Zweck verfolgen, dem deutsch[illegible]n Volke seine Ehre zu nehmen. Durch einen Gewaltakt wird die Ehre des deutschen Volkes nicht berührt. Sie nach außen hin zu verteidigen, fehlt dem deutschen Volke nach den entsetzlichen Leiden der letzten Jahre jedes Mittel. Der übermächtigen Gewalt weichend und ohne damit ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben, erklärt deshalb die Regierung der deutschen Republik, daß sie bereit ist, die von den alliierten und assoziierten Regierungen auferlegten Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen."

Der verfrühte Vormarsch der Franzosen auf Frankfurt.

Die Franzosen hatten es mit dem angedrohten Vormarsch sehr eilig und führten ihre Truppen, lange bevor die Frist des Ultimatums abgelaufen war, auf Frankfurt a. M. heran. Gegen 5 Uhr langten sie in kriegsmäßigem Aufmarsch in der Vorstadt Rödelheim an. Voran marschierten Geschwader von Tanks, es folgte dann leichte Artillerie, lange Infanteriekolonnen mit Sanitätskompagnien und Bagagen, Trains mit schwerer Artillerie, Flugzeuggeschwader, und „spähten" nach dem Feind. In Rödelheim wurde das Parkrestaurant mit Beschlag belegt und als Hauptquartier eingerichtet. Um sieben Uhr wurde der Marsch auf Frankfurt am Main fortgesetzt, um 8 Uhr aber das Ganze halt geblasen. Ein Motorradfahrer brachte von Foch einen Befehl, daß der Vormarsch einzustellen sei. Nachdem die Franzosen die Weinkeller im Parkrestaurant ausgeleert hatten, zogen sie nach ihrem Standquartier zurück. Inzwischen hatten starke Kavalleriemassen auch über Bornheim ihren Marsch auf Frankfurt angetreten und hier bereits den Kriegszustand verkündet. Kein Fenster durfte geöffnet werden. Um acht Uhr wurde auch hier der Vormarsch eingestellt. Die Franzosen zogen dann, ohne Bockenheim berührt zu haben, über den Vorort Hausen zurück. Gegen 8 Uhr zog die französische Infanterie unter Salutschießen mit Musik aus Rüsselheim ab.

Wer wird unterzeichnen?

Im Reichskabinett ist die Frage, wer den Friedensvertrag in Versailles im Namen der deutschen Regierung unterzeichnen soll, noch nicht erörtert worden. Die Franzosen scheinen es mit der Unterzeichnung sehr eilig zu haben und haben schon durch den Generalsekretär der Friedenskonferenz Dutasta beim Gesandten v. Haniel anfragen lassen, wer zur Unterzeichnung delegiert worden waren und wann die Unterzeichnung erfolgen könne. Die deutsche Regierung hat diese Frage noch nicht entschieden. Eine besondere Delegation an Stelle der zurückgetretenen wird nicht ernannt werden. Gesandter v. Haniel kommt für die Unterzeichnung nicht in Frage. Die Pariser Blätter bezeichnen als wahrscheinliches Datum der Unterzeichnung Freitag oder Sonnabend. Die Unterzeichnung wird auf dem Schreibtisch Ludwigs XV. stattfinden. — Wilson wird noch am gleichen Abend nach Brest abreisen und sich nach Amerika einschiffen.

Es ist zur Zeit noch gänzlich ungewiß, ob eine besondere Delegation zur Unterzeichnung des Vertrages gebildet, oder ob sie einer einzelnen Person übertragen werden wird. Unrichtig ist jedenfalls die Mitteilung, daß der Minister Erzberger an der Spitze einer Delegation sich nach Versailles begeben werde.

An zuständiger Stelle in Berlin ist man der Auffassung, daß die Ausführung des Friedensvertrages erst mit seiner Ratifizierung beginnt, was für die Räumung der abzutretenden Gebiete und für die dortige Gestaltung der Verwaltung von großer Bedeutung ist. Eine Ententeantwort auf unsere Bereitwilligkeit zur bedingungslosen Unterzeichnung ist noch nicht eingetroffen.

Das Triumphgeschrei in Paris.

Nach Bekanntwerden der deutschen Antwort begannen die Franzosen auf dem großen Truppenübungsplatz von Satory das Viktoriaschießen aus deutschen Haubitzen und mit deutscher Munition, wie das vorher schon in der Presse angekündigt worden war. Dies war das Signal zur allgemeinen Beflaggung der Häuser. In Paris soll der Jubel ganz außerordentlich sein.

Die Pariser Morgenblätter vom Dienstag feiern den Frieden, sie feiern ihn in wohlvorbereiteten Artikeln und Kriegsübersichten mit Schilderungen der Boulevardszenen, der Gratulationskuren bei Clemenceau und Poincare und dergleichen. Der Artikel des „Figaro" ist der einzige, der in die Zukunft schaut. Aber im allgemeinen geben die Zeitungen nur den Ausdruck von echten und vorgespiegelten Gefühlsausbrüchen wieder, die unseren Empfindungen natürlich entgegengesetzt sind.

*

Berlin, 25. Juni. Der Sonderberichterstatter der „Deutschen Allgem. Ztg." meldet aus Versailles: Der Tag der Unterzeichnung des Friedens steht noch nicht fest und hängt von der Ankunft der bisher hier noch nicht bekannten deutschen Delegation ab. In Betracht kommt Freitag oder Samstag. Die Vorbereitungen für die Unterzeichnung sind jedenfalls getroffen. Selbst das Tintenfaß ist gewählt. Es diente beim Kongreß von 1856, der den Krimkrieg abschloß. Der Tisch, auf dem die Unterzeichnung stattfindet, ist ein Museumstisch und hat noch keine historische Vergangenheit. Die Zermonie dürfte ungefähr zwei Stunden dauern, da im ganzen über 100 Unterschriften geleistet und Siegel angebracht werden müssen.

Die zweite Friedenssitzung der Nationalversammlung.

Die Regierung Bauer hatte sich am Sonntag in ihrer Note an die Entente auf die einschränkende Formel bezüglich der Ehre des Reiches festgelegt. Angesichts der ablehnenden Antwort der Alliierten wurde aber im Kabinett von der Mehrheit der Mitglieder die Meinung vertreten, daß man, nachdem man bereits so weit gegangen sei, den bitteren Kelch bis zur Neige leeren und in die bedingungslose Annahme des Ultimatums einwilligen solle. Maßgebend für diese Haltung eines Teils der Kabinettsmitglieder waren Rücksichten auf die innerpolitischen Folgen einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten nach Ablauf dieser Frist.

Mit einstündiger Verspätung eröffnete der Präsident Fehrenbach die für 2 Uhr anberaumte Sitzung der Nationalversammlung. Außer den Kabinettsmitgliedern und zahlreichen Vertretern der Einzelstaaten war auch General Märcker erschienen, der am Vormittag den einzelnen Fraktionen eine Uebersicht über die gegenwärtige Lage gegeben hatte. Sämtliche Generäle und Stabsoffiziere der Armee haben übrigens der Regierung erklären lassen, daß sie gegen die bedingungslose Unterzeichnung des Friedensvertrages seien und daß, wenn die Regierung dennoch den Friedensvertrag samt den Ehrenpunkten unterzeichne, sie von ihrem Posten zurücktreten würden, da sie einen solchen Schritt mit der Ehre des deutschen Offizierkorps nicht vereinbaren könnten.

Das Haus erklärte sich mit der abermaligen Erörterung der Friedensfrage einverstanden. Ministerpräsident Bauer ergriff sofort das Wort zu einer längeren Rede, in der er den Notenwechsel zur Kenntnis brachte und die neue Lage besprach.

Alsdann teilte Ministerpräsident Bauer den entscheidenden Beschluß des Kabinetts mit:

„Unsere Hoffnung, mit dem einzigen Vorbehalt zur Ehrenwahrung unsere Gegner zu bestimmen, war nicht groß, aber wenn sie auch noch geringer gewesen wäre, der Versuch mußte gemacht werden. Jetzt, wo er mißlungen an dem sträflichen Uebermute der Entente gescheitert ist, muß die ganze Welt sehen: Hier wird ein besiegtes Volk an Leib und Seele vergewaltigt wie kein Volk zuvor. Kein Protest heute mehr! Kein Sturm der Empörung! Alles weitere muß den Eindruck schwächen, der sich heute der Welt bietet, die zum Teil mit verhohlenem oder unverhohlenem Entsetzen auf diese Vergewaltigung sieht.

Unterschreiben wir!

Das ist der Vorschlag, den ich Ihnen namens des ganzen Kabinetts mache, bedingungslos zu unterzeichnen. Die Gründe sind dieselben wie gestern, nur trennt uns jetzt nur noch eine Frist von knappen vier Stunden von der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten. Aber wehrlos ist nicht ehrlos. Gewiß, die Gegner wollen uns an die Ehre, daran ist kein Zweifel, aber daß dieser Versuch der Ehrabschneidung einmal auf die Urheber selbst zurückfallen wird, daß es nicht unsere Ehre ist, die bei dieser Welttragödie zugrunde geht, das ist unsere Hoffnung bis zum letzten Atemzuge. Ich darf wohl annehmen, daß auch nach diesen Vorgängen die Regierung ermächtigt bleibt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen."

Im Namen der Demokraten erklärte Abg. Schiffer-Magdeburg, daß durch die Erklärung des Ministerpräsidenten die Stellungnahme der demokratischen Partei unberührt bleibe. Im übrigen habe er zu erklären, daß bei seinen politischen Freunden

kein Zweifel in die vaterländische Gesinnung und Ueberzeugung auch derjenigen gesetzt wird, die am Sonntag mit ja gestimmt haben.

Abg. Schultze-Bromberg (D.-natl.) betonte nochmals den deutschnationalen Standpunkt der unbedingten Ablehnung des vorliegenden Friedensentwurfs und erhob unter Festhaltung dieses grundsätzlichen Standpunktes Widerspruch gegen dessen Unterzeichnung. (Bravo rechts.) Seine Partei setze als selbstverständlich voraus, daß jedes Mitglied der Nationalversammlung seine eigene Stellung nach bestem Wissen und Gewissen einnimmt.

Der Sprecher der Deutschen Volkspartei Abgeordneter Heinze lehnte auch seitens seiner Partei den Friedensvertrag nach wie vor ab. Selbstverständlich erkenne er an, daß auch die Gegner unserer Ansicht nur aus vaterländischen Gründen handeln.

Nach längerer sehr erregter Debatte wurde über die Auffassung der Regierung, daß sie nach wie vor ermächtigt bleibt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, abgestimmt. In einfacher Abstimmung erklärte darauf das Haus gegen die Stimmen der deutschnationalen Volkspartei, der deutschen Volkspartei und einem Teile des Zentrums und der Demokraten die Auffassung der Regierung für zutreffend.

Nach Erledigung der schmerzlichen Angelegenheit stellte unter allseitiger Zustimmung Präsident Fehrenbach mit Genugtuung fest, daß von den verschiedensten Seiten des Hauses anerkannt wurde, daß alle Teile des Hauses, ob ja oder nein, nur von vaterländischen Gründen sich bei der Abstimmung leiten ließen, getragen von schweren Gewissensbedenken und von den ernstesten Auffassungen über die Lage unseres Vaterlandes. (Allseitige Zustimmung.) Gleichzeitig verlieh er dem Wunsche Ausdruck, daß der Geist, der sich in dem allergrößten Teil der Nationalversammlung soeben kundgegeben hat, auch hinausgehen möge in unser Volk. (Beifall.) Er hoffe, hoffe, daß man draußen in der gesamten Bevölkerung und namentlich in der Presse dafür ein Verständnis habe und gewillt ist, nunmehr einträchtig all die großen Lasten auf sich zu nehmen, die uns jetzt bevorstehen, alle zusammen getragen von dem heiligen Willen vaterländischer Liebe.

Friedensschluß und Reichswehr.

Noskes Rücktrittsgesuch abgelehnt.

Infolge der Erklärung der Generale und Stabsoffiziere der Armee, daß sie bei einer bedingungslosen Annahme des Friedensvertrages ihren Posten niederlegen würden, da sie die Anerkennung der Schuldfrage und die Auslieferung der schuldigen Heerführer und Politiker mit ihrer Ehre nicht vereinbaren könnten, hatte der Reichswehrminister Noske seinen Rücktritt aus dem Kabinett erklärt. Sein Rücktrittsgesuch wurde jedoch abgelehnt. Der Minister sprach in der sozialdemokratischen Fraktion und wurde dort allgemein gebeten, doch zu bleiben. Ebenso wurde er von Ebert und dem interfraktionellen Ausschuß aufs dringendste ersucht, von seiner Absicht abzustehen.

Noske appelliert an den kameradschaftlichen Geist der Truppe.

Der Reichswehrminister erließ daraufhin einen Aufruf an die Reichswehr und die Freiwilligenverbände. Im Reichskabinett habe er sich, ebenso wie der preußische Kriegsminister, vergeblich für die Nichtunterzeichnung des Gewaltfriedens eingesetzt. Er sei überstimmt und auch sein Rücktrittsgesuch sei abgelehnt worden.

Die Reichsregierung und die Nationalversammlung fordern von den Truppen, daß sie ihre harte Pflicht in der schwersten Stunde unseres Vaterlandes zum Wohle des Volkes weiter tun in voller Würdigung des Opfers, das der Truppe damit zugemutet wird. Der Minister appelliert daher in der schwersten Stunde, die das deutsche Volk erlebt, an den kameradschaftlichen Geist jedes Führers, jedes Mannes, ihm weiter zur Seite zu stehen. Die Not unseres Volkes verbietet ihm, fahnenflüchtig seinen Posten zu verlassen, auf dem er nur zu dienen vermag, wenn ihm opferwillige Männer wie bisher hingebungsvoll zur Seite stehen.

Auf dem Meeresgrunde.

Der Wert der internierten Flotte.

wird amtlich auf eine Milliarde 300 Millionen Mark angegeben. In dieser Summe sind allerdings auch die U-Boote enthalten, die sich nicht in Scapa Flow befunden haben, sondern die zum Teil schon an Frankreich, Amerika, Japan und Italien verteilt sind. Von diesen Unterseebooten sind bereits mehrere gesunken. Im ganzen sind in der Scapa-Bucht rund 500 000 Tonnen versenkt worden.

Die verzweifelte Stimmung der deutschen Besatzung.

Ueber die Versenkung der Kriegsflotte liegen an amtlichen Stellen eigene Nachrichten noch nicht vor. Es wird nur versichert, daß die in Scapa Flow herrschenden Seeverhältnisse eine Hebung der Flotte unmöglich machen, da die Schiffe durch die starke Meeresströmung in kurzer Zeit gründlich zerstört werden würden. Auch die auf Strand gesetzten Schiffe würden bei der felsigen Beschaffenheit der Küste kaum zu retten sein. Die Internierung der Mannschaften, die die Schiffe nicht verlassen durften, hatte die Stimmung sehr ungünstig beeinflußt und das monatelange Zusammenleben an Bord die sogenannte Panzerplattenkrankheit erzeugt. Die Engländer verhielten sich anfangs ziemlich loyal, bis ein Kommunistenputsch an Bord des Flaggschiffes ein Ende herbeiführte. Da griff die englische Admiralität ein, ließ die Funkenanlagen sämtlicher Schiffe abrüsten, schickte die aufrührischen Mannschaften nach Hause und stellte die zurückgebliebenen unter strenge Kontrolle. Die Stimmung gegen England wurde infolgedessen unter den Matrosen immer erbitterter. Darauf musterten die Engländer weitere tausend Mann aus und schickten sie nach Deutschland zurück. Das alles hat wohl dazu beigetragen, unter den Besatzungen den Entschluß reifen zu lassen, die Kriegsflotte der Besitzergreifung durch die Entente zu entziehen. Zum Versenken genügte es, die Bodenluken zu öffnen. Doch die glänzende Konstruktion der deutschen Schiffe bewirkte es, daß sie sich noch sehr lange über Wasser hielten und die Engländer erst sehr spät merkten, was vorging. Es dürfte, abgesehen von einzelnen Schiffen, die an besonders flachen Stellen liegen und da den Verkehr stören, nichts übrig bleiben, als die Schlachtschiffe und Kreuzer zu sprengen.

Etwa 1800 deutsche Offiziere und Mannschaften befinden sich im Zusammenhang mit der Versenkung der deutschen Flotte auf dem Wege zu einem Internierungsorte. Der Viererrat hat sich bereits mit der Versenkung der deutschen Flotte befaßt. Die britischen Marinebehörden haben festgestellt, daß Admiral Reuter keinen Befehl aus Deutschland hatte; er hat sich als allein verantwortlich bezeichnet. Eine neue Geldbuße wird von Deutschland nicht gefordert werden, aber eine moralische Genugtuung.

Englisches Kriegsgericht über Konteradmiral Reuter?

Die „Times" meldet, daß Konteradmiral von Reuter wegen Verletzung der Bestimmung des Waffenstillstandes betreffs der internierten deutschen Schiffe vor ein Kriegsgericht gestellt werden wird. Der alliierte Rat in Paris wird den Termin für den Prozeß festsetzen. Aus näheren Mitteilungen geht hervor, daß die Deutschen für die Versenkung der Schiffe den Augenblick wählten, wo eine große Zahl britischer Kriegsschiffe zu Uebungen in See gegangen war. — Wenn das Kriegsgericht aus Marineoffizieren bestehen wird, so wird keine Stimme der Verurteilung abgegeben werden. Denn es gibt Empfindungen, die kein Seemann, auch kein Feind, zu achten umhin kann.

Eine Tat des nationalen Ehrgefühls.

Reuter will wissen, daß der im Kieler Hafen befindliche Rest der deutschen Kriegsflotte ebenfalls von der Besatzung versenkt worden sei. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist hiervon weder der Marinestation, noch der Regierung etwas bekannt.

Diese Reutermeldung ist ja umso unwahrscheinlicher, als die Versenkung in Scapa Flow weder einen Verzweiflungsakt darstellt, noch als die Folge eines kommunistischen Putsches zu betrachten ist, sondern einzig und allein als Tat des nationalen Ehrgefühls bewertet werden kann.

Linienschiff Baden in die Luft geflogen.

Der „Intransigeant" veröffentlicht eine Depesche aus London, wonach die „Baden" 18 Stunden nach der Versenkung der übrigen Schiffe in der Scapa-Bucht in die Luft geflogen sei.

Das Urteil der englischen Presse.

Die erfolgte Versenkung der deutschen Schiffe erregt in der englischen Presse einen Sturm der Entrüstung, und man verlangt, daß gegen die deutschen Offiziere und Mannschaften energisch vorgegangen werde. Auch wird kritisiert, daß die englischen Behörden durch mangelhafte Bewachung die Versenkung der Schiffe ermöglichten. England, das die Schiffe für seine Alliierten aufbewahrte, komme dadurch in eine unangenehme Position. Nur wenige Blätter drücken aus, daß englische Seeleute in gleicher Lage ebenso gehandelt hätten.

„Daily Mail" nennt die Versenkung der deutschen Kriegsschiffe einen schmutzigen Streich. „Morning Post" und die übrigen konservativen Blätter schreiben in demselben Sinne. „Daily Chronicle" dagegen schreibt:

Man kann ruhig sagen, daß die Vernichtung der deutschen Flotte, sozusagen durch eigene Hand, in der britischen Marine geheime Bewunderung erzeugen wird. Wenn wir uns britische Offiziere in selben Lage vorstellen könnten, würden sie genau so gehandelt haben. Auch „Daily Herald" stellt sich auf diesen Standpunkt, während „Daily News" froh ist, daß der Selbstmord der deutschen Flotte den Zwistigkeiten darüber, was am Schluß damit geschehen müßte, ein Ende mache.

Der Eindruck in Paris.

Die Nachricht von der Versenkung der deutschen Flotte, die sich zum größten Teil aus Kriegsschiffen modernster Konstruktion zusammensetzte, hat in Paris ungeheures Aufsehen erregt. Aus den Bemerkungen der französischen Presse zu den Berichten geht hervor, daß die Franzosen den Engländern, denen sie ungenügende Bewachung der deutschen Schiffsmannschaften vorwerfen, eine mindestens fahrlässige Mitschuld an der Versenkung zuschreiben wollen. Die Schiffe sollten, wie noch erinnerlich sein wird, nach einem Vorschlag Englands von den Alliierten versenkt werden in einer feierlichen Zeremonie, an der Schiffe aller am Kriege beteiligten Nationen teilnehmen sollten. Die französische Presse widersetzte sich diesem Plan und die Friedenskonferenz beschloß, über das Schicksal und die voraussichtliche Verteilung der Schiffe später zu entscheiden.

Neues vom Tage.

— Der neue Oberpräsident von Westpreußen, der frühere Allenstein Oberbürgermeister Schnackenburg, hat sein Amt als westpreußischer Regierungspräsident niedergelegt.

— Oberpräsident von Ostpreußen, v. Batocki, hat seine Enthebung vom Amte nachgesucht. Das preußische Kabinett wird sein Verbleiben im Amte vom Verlaufe der Debatte über die Friedensfrage in der Preußischen Landesversammlung abhängig machen.

Die bayerischen Zentrumsabgeordneten Dr. Heim und Schneider sind wegen der Haltung des Zentrums in der Friedensfrage aus der Fraktion ausgetreten.

•

Die Nationalversammlung

hat sich am Montag bis zum 1. Juli vertagt. Es sollen alsdann die neuen Steuergesetze und das Gesetz über den Staatsgerichtshof zur Beratung gestellt werden. Außerdem soll die Verfassung in dritter Lesung im Plenum verabschiedet werden. Die Ausarbeitung dieses und des weiteren eiligen Beratungsstoffes kann in etwa 14 Tagen vor sich gehen. Am 15. Juli soll dann die große Sommerpause eintreten und damit der Abschluß der Weimarer Tagungen der Nationalversammlung.

Nach dieser Sommerpause soll nämlich das Reichsparlament auf alle Fälle nach dem Reichstagsgebäude in Berlin übersiedeln und zwar ganz gleich, ob dann noch die Nationalversammlung ist oder ob bereits die Neuwahlen für den Reichstag stattgefunden haben. Den amtlichen Stellen in Weimar sind bereits entsprechende Mitteilungen gemacht wrden.

Die Reichsregierung hat Dienstag nachmittag die Abreise nach Berlin angetreten und wird am 1. Juli noch einmal nach Weimar zurückkehren.

•

:: **Graf Brockdorffs Abschiedsbrief.** Der ausgeschiedene Minister des Auswärtigen, Graf Brockdorff-Rantzau, hat in einem Schreiben an den Reichspräsidenten die Gründe seines Rücktritts dargelegt.

Er würde es für einen schweren Fehler und für die auswärtige Politik des Reiches als verhängnisvoll erachten, wenn er jetzt im Amte bliebe. Für jeden anderen deutschen Minister sei eine Schwenkung in der Haltung gegenüber den Friedensbedingungen auch dem Ausland gegenüber möglich und gerechtfertigt, wenn die inneren Verhältnisse sie gebieterisch verlangen. Ein Minister des Auswärtigen, der diese Schwenkung mitmache, nachdem er sie öffentlich für sich abgelehnt habe, gefährde aber die Würde und den Kredit des Reiches. Habe sich seine Politik als undurchführbar herausgestellt, dann müsse er vor dem Auslande verschwinden. — Der Reichspräsiden. Ebert hat darauf in einem herzlich gehaltenen Schreiben dem Grafen Brockdorff-Rantzau für dessen hohe Verdienste um die Führung der deutschen Außenpolitik seinen Dank und seine Hochschätzung ausgesprochen. — Zu den Beamten des Auswärtigen Amtes, die nach den Ereignissen der letzten Tage ihre Entlassung gegeben haben, gehören auch der Unterstaatssekretär Frhr. v. Langwerth-Simmern sowie der Leiter der Rechtsabteilung Geheimrat Simons, der bekanntlich der Friedensdelegation in Versailles beigegeben war.

Ledebour freigesprochen.

Im Ledebour-Prozeß wurde Montag nachmittag der Wahrspruch der Geschworenen verkündet. Er lautet auf Verneinung sämtlicher Schuldfragen. Das Urteil lautet auf Freisprechung. Der Haftbefehl wurde aufgehoben. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

Vor neuen Ereignissen im Osten.

Durch die bedingungslose Unterzeichnung des Friedensvertrages ist für die deutschen Ostmarken eine neue Sachlage geschaffen worden. Jeder Versuch, von polnischer Seite vorzeitig durch gewaltsamen Einmarsch die beanspruchten Gebietsteile zu bekommen, wird von deutscher Seite mit den Waffen zurückgewiesen werden. In der Entschlossenheit bis zum Aeußersten ist sich der gesamte Osten einig. Durch die „Gazeta Robotnicza" wird nunmehr die deutsche Annahme, daß die Besetzung Oberschlesiens durch polnische Truppen, nämlich der Armee Haller, erfolgt, bestätigt. Die Besetzung wird nach dem genannten Blatte nach Ablauf der Unterzeichnungsfrist unverzüglich erfolgen. Wie dazu von militärischer Seite mitgeteilt wird, werden die Haller-Truppen einen blutigen Empfang haben.

Die „Post" meldet: „Wie an Regierungsstelle erklärt wird, liegen dort positive Meldungen aus dem Osten nicht vor, weil anscheinend die Drahtverbindungen mit dem Osten unterbunden sind." Die Transporte der Hallerschen Truppen durch Deutschland könne als beendet angesehen werden.

Reichsminister und Generalität.

Die Aussprache zwischen Reichswehrminister Noske und dem kommandierenden General des Reichswehrtruppenkommandos General v. Lüttwitz ergab völlige Uebereinstimmung in dem Bestreben, mit allen Kräften zu verhindern, daß Offiziere und Mannschaften in diesen kritischen Tagen der Reichswehr den Rücken kehren. Angesichts der schweren Zeit, der wir entgegengehen, wurde völlige Einigkeit als unbedingt notwendig erachtet. General v. Lüttwitz begab sich sodann zum Kriegsminister Reinhardt, um diesen zum Ausharren zu bewegen. General Märcker hat dem Reichswehrminister Noske die Erklärung abgegeben, daß er seinen Dienst wie bisher, so auch in Zukunft unter ihm versehen werde.

** **Die Aufteilung der deutschen Handelsflotte.** Dem „Daily Telegraph" zufolge ist bei der Verteilung der deutschen Tonnage der deutsche Riesendampfer „Imperator" England zugesprochen worden. Nach den Angaben und Beschlüssen des Schiffahrtsdepartements wird Frankreich auf seinen Anteil 300 000 bis 400 000 Tonnen erhalten, während der größte Teil der österreichischen Handelsflotte in den Adriahäfen an Italien fallen wird.

Vermischte Nachrichten.

:: **Ein Vierteljahrsgehalt für die Beamten.** Mit Rücksicht auf die unsichere politische Lage haben die Ministerien angeordnet, daß sämtliche Beamte ihr Gehalt für drei Monate im voraus ausgezahlt erhalten. Die Verfügung hat ihren Grund in der unsicheren politischen Lage und dem möglicherweise drohenden Einmarsch der Entente. Die Beamten sollen auf jeden Fall, selbst bei einem Stocken der gesamten öffentlichen Betriebe, vor Not geschützt werden. Die gleiche Anordnung war zu Ausbruch des Krieges in den von dem feindlichen Einmarsch bedrohten Gebieten getroffen worden. Mit der Bewilligung von Gehaltsforderungen und Teuerungszulagen hat die Maßnahme in keiner Weise etwas zu tun.

** **Der Willkür der Besatzungstruppen** ist das reisende Publikum, besonders im besetzten belgischen Gebiet, preisgegeben. Vor einigen Tagen wurden zwei Kaufleute nach Abforderung ihrer Ausweise mit vorgehaltenem Revolver ihres baren Geldes sowie sämtlicher Wertsachen beraubt. Der Raub wurde von vier belgischen Soldaten ausgeführt, die, um nicht ihren Truppenteil zu verraten, alle militärischen Abzeichen entfernt hatten.

— **Marburg**, 26. Juni. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde betreffs des beschlossenen Baues von Arbeiterwohnhäusern mitgeteilt, daß anstatt 37 nur 11 Häuser gebaut werden könnten, weil sich die Kosten fünfmal höher stellten als im Frieden. (In Laasphe sind ja „nur" 36 Bewerber von Arbeiterhäusern.)

— **Arolsen**, 26. Juni. Ein Richtpreis von 75 Mark wurde in unserem Kreis für Ferkel festgesetzt. Richtpreise sind Preise, nach denen man sich meist nicht richtet.

** **Ausweisung der Polizeitruppe aus Frankfurt am Main.** Die schroffe Ablehnung des beiden Vorbehalte durch die Entente hat in Frankfurt a. M. in der Bevölkerung eine weitgehende Erregung hervorgerufen, obwohl man hier schon wegen der besonders gefährdeten Lage der Stadt im allgemeinen eine Unterzeichnung des Vertrages wünscht. Gesteigert wurde die Erregung noch durch den französischen Befehl, daß die Polizeitruppe der 81er bis Montag mittag 12 Uhr die Stadt zu räumen habe.

** **Eine schwere Kohlenstaubexplosion** hat in einem Kesselhause der Gewerkschaft „Viktoria" in Loebstedt bei Leipzig stattgefunden. Drei Arbeiter wurden sofort getötet und 17 schwer verletzt. Von den Verletzten sind inzwischen noch acht weitere im Krankenhause in Borna gestorben.

** **Von der Volksmenge gelyncht.** Von dem Sülzefabrikanten Heyl in Hamburg, der in niedrigen Kellern in drei dem Hamburger Staat gehörigen Häusern eine schwunghafte Fabrik von „Delikateßsülze" das Pfund zu fünf Mark betrieb, war ruchbar geworden, daß er allerhand ekelhafte Dinge, wie Teile von Eingeweiden, Kopfteile von Hunden usw. noch mit Fellresten, Ratten, Hausabfälle und dergl. zu einer Sülze verabeitete und die Gallerte dazu aus Fischhautabfällen herstellte. Montag nachmittag stürmte eine aufgeregte Menge, die ständig wuchs, diese Fabrik, trieb die arbeitenden Frauen heraus und schleppte unter schweren Mißhandlungen den Inhaber dieser Fabrik zum Rathausmarkt, wohin auch der übelriechende, noch dampfende Inhalt der Kessel geschafft wurde. Nachdem dem Heyl die Kleider fast vom Leibe gerissen waren, wurde er, um ihn zu ertränken, in die Kleine Alster geworfen. Er vermochte aber nach der anderen Seite zu schwimmen, wo er von neuem von der Menge mißhandelt wurde. Schwer verletzt rettete er sich schließlich ins Rathaus. Die erregte Menge wollte das Rathaus stürmen, wurde aber durch Schreckschüsse daran gehindert. Heyl wurde lebensgefährlich verletzt, in einem Auto heimlich fortgeschafft: er ist aber bald seinen Verletzungen erlegen.

** **Die französischen Fahnen aus dem Berliner Zeughaus verbrannt.** Montag vormittag begaben sich etwa zwei- bis dreihundert Soldaten der Berliner Freikorps und Studenten nach dem Zeughaus Unter den Linden und holten aus dem Zeughaus die französischen Fahnen heraus, die 1870/71 erobert worden waren und nach dem Friedensvertrag an Frankreich wieder ausgeliefert werden sollten. Vor dem Denkmal Friedrichs des Großen wurden unter Gesang von vaterländischen Liedern die Fahnen mit Benzin begossen und verbrannt. — Die Polizei hatte wohl versucht, mit schwachen Kräften den Aufzug zu hindern, aber ihr Mühen war vergeblich — erst als die französischen Fahnen ein Opfer des Feuers geworden waren, erschien ein größeres Kommando der Reichswehr und sperrte den Platz ab.

** **Aufklärung eines großen Juweleur aubes.** Am Pfingstsonnabend war aus einem Hotel in der Friedrichstraße ein Koffer, der Juwelen im Werte von 400 000 Mark enthielt, angeblich durch geschickte Täuschung des Gepäckkommissars jenes Hotels, namens Claus, verschwunden. Ein Kriminalkommissar konnte bald feststellen, daß jener Gepäckkommissionär selbst der Täter war, seine Helfer ein Kellner Rudolph und ein Schaufensterdekorateur Garnblau. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, die Juwelen, die an zwei verschiedenen Orten vergraben waren, wieder aufzufinden. Bis auf 21 Schmucksachen, Damenringe, Broschen und Krawattennadeln ist der größte Teil des Raubes wieder herbeigeschafft worden.

** **Der Millionenraub in Oberschlesien.** In Mikultschütz wurde Notengeld im Betrage von 1¾ Millionen aufgefunden, das am 12. Juni auf dem Wege nach Borsigwerk von mehreren Banditen geraubt worden und für die Borsigwerke bestimmt war.

** **Die Ausweisungen aus Polen.** Das Schicksal der deutschen Familien in der Provinz Posen ist außerordentlich ernst. Besonders Beamte und Lehrer werden von der Ausweisung betroffen. Viele von ihnen sind einfach vertrieben worden. Nach neuen Mitteilungen ist weiter mit dem Abschub deutscher Beamten- und Lehrerfamilien über die Demarkationslinie zu rechnen. Von der Regierung sind daher verschiedene Maßnahmen zur Aufnahme der Vertriebenen getroffen worden, in erster Linie sind auf den in Betracht kommenden Uebergangsstationen in Kreuz, Thorn und Oels Kommissare eingesetzt worden, deren Aufgabe besonders die Fürsorge für die Vertriebenen ist. In diesen Tagen wird man mit der Ankunft eines Transportes mehrerer hundert Familien zu rechnen haben. Zur Aufnahme ist eine Anzahl schlesischer Kreise in Aussicht genommen.

** **Dreihunderttausend Baumwollarbeiter in Lancashire im Ausstand.** Der Streik in den Baumwollfabriken von Lancashire (England) hat begonnen. Mehr als 300 000 Mann sind im Ausstand. Verhandlungen, die in Manchester geführt wurden, blieben erfolglos. Die Arbeiter fordern, daß die Angelegenheit einem Schiedsgericht überwiesen wird.

* Auf dem französischen Flugplatz Saint Cyr wurden 18 Hangars mit etwa 100 Flugzeugen im Werte von 4 Millionen Franken durch eine Feuersbrunst zerstört.

Die Grippe hat in Dänemark 8000 Menschen das Leben gekostet. 639 068 Krankheitsfälle sind in ärztlicher Behandlung gewesen.

Aus Laasphe und Umgegend.

* **Laasphe**, 26. Juni. (Auszeichnung.) Am verflossenen Samstag wurde einer Anzahl Helferinnen des hiesigen Vereinslazaretts für bis zuletzt geleistete treue Dienste durch den Herrn Landrat eine silberne Halskette mit Medaille überreicht. Auch einige Herren wurden mit Auszeichnungen bedacht.

* **Laasphe**, 26. Juni. Wie schon in der Versammlung der Kriegsbeschädigten am 7. Juni die Gründung einer Ortsgruppe hierselbst beschlossen wurde, ist dieselbe nunmehr am verflossenen Sonntag ins Leben gerufen worden. Schon lange hegten mehrere sich für die gute Sache interessierende Kriegsbeschädigte, den Wunsch eine Ortsgruppe in Laasphe zu gründen. Leider aber haben viele Kameraden den guten Sinn der Sache noch nicht erkannt und bleiben der Versammlung fern. Es wurde nun vorläufig ein prov. Vorstand gewählt, dessen endgültige Wahl am Samstag den 28. Juni cr., abends 9 Uhr im Gasthof Roth stattfinden soll. Wir hoffen nun, daß sich die noch ferngebliebenen Kameraden, ebenso alle, die Interesse an der guten Sache haben, in der anberaumten Versammlung einfinden und der neugegründeten Ortsgruppe beitreten werden. Die Ortsgruppe tritt dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten pp. Berlin bei.

—* Trotz allem — vorwärts. Die Würfel sind gefallen! Das deutsche Volk hat durch seine Vertreter in Weimar die bedingungslose Annahme des Friedensvertrages ausgesprochen. Es ist gut, daß die Tage der schlimmsten Befürchtungen eines bevorstehenden neuen Kriegszustandes vorüber sind. Wohl liegt das Einhalten des Versprochenen unklar vor uns und die Zukunft unseres armen Vaterlandes liegt in schwarzer Nacht. Und doch blieb uns keine andere Wahl übrig, als alle Bedingungen der Feinde rückhaltlos anzunehmen. Denn gar zu klar lag auf der Hand, was eine Verneinung uns in den nächsten Tagen gebracht haben würde: Kriegsverwüstung im Land, Knechtschaft, Empörung, Hunger und Tod, Festhaltung der 800 000 Kriegsgefangenen. Bei dieser Aussicht waren wir gezwungen, zu unterschreiben. Wir wollen dankbar sein, daß wir aus dem Wirrnis der letzten Tage heraus sind. Nun stehen wir am Ende der schwersten Kriegsjahre, die je ein Volk getragen hat. Vor uns liegen die folgenschweren Jahre der Armut und Entbehrung. Sie werden den kleinen wie den großen Mann treffen. Ein jeder wird an seinem Platz äußerste Pflichterfüllung üben müssen, um so unserm Volke wieder aufwärts zu helfen. Es soll uns davor nicht bangen. Wir Wittgensteiner kennen die Arbeit und wissen, unser Glück liegt allein in biederer Einfachheit und Anspruchslosigkeit unserer Väter. Fleißig, hilfsbereit und treu, das waren die Grundzüge unserer Vorfahren und treten wir weiter in diese Fußstapfen, dann können wir der Zukunft, und sei sie noch so dunkel, getrost ins Auge sehen. M. S.

, **Berleburg**, 24. Juni. Die hiesigen Arbeiter veranstalteten heute einen Demonstrationszug zum Landratsamt, wobei der Herr Landrat wegen der mangelnden Belieferung mit Lebensmitteln und wegen der Verhaftung des Herrn Mengel zur Rede gestellt wurde. Herr Landrat gab die erforderlichen Erklärungen ab, die jedoch die Demonstranten nicht zu befriedigen schienen. Darauf wurde eine Abstimmung über das Verbleiben des Herrn Landrats in seinem Amte herbeigeführt, die in ihrer Mehrheit für die Entfernung desselben stimmte. Eine Kommission, die mit den weiteren Schritten beauftragt wurde, verlangte den sofortigen Rücktritt des Herrn Landrats. Dieser erklärte jedoch, auf solchen Beschluß hin seinen Posten nicht verlassen zu wollen, weil ihm dies als Fahnenflucht gedeutet werden könne. Er wolle jedoch der Regierung von dem Beschluß Mitteilung machen und erst wenn diese seinen Rücktritt gutheiße, werde er sein Amt niederlegen.

)!(**Lützel** bei Hilchenbach, 24. Juni. Eine grausige Entdeckung wurde heute vormittag in der Nähe unseres Ortes gemacht. Soviel wir bis jetzt feststellen konnten handelt es sich um folgenden Vorfall: Eine Lehrerin aus Stift-Keppel machte am vergangenen Sonntag einen Ausflug, um Verwandte in Sohlbach zu besuchen. Sie fuhr zu diesem Zweck mit der Bahn nach hier, um von hier aus zu Fuß durch den Wald weiter zu gehen. Sie ist aber weder in Sohlbach, noch wieder in Stift-Keppel eingetroffen. Als sie auch am Montagfrüh nicht da war, stellte man Nachforschungen an. Zu diesem Zweck fuhren mehrere Personen nach hier, um den vermutlich von der Vermißten eingeschlagenen Weg weiter zu wandern. Unweit unseres Ortes bemerkten sie dann alsbald zwei nackte Füße aus der Erde hervorragen und dann entdeckte man auch den nackten Leichnam der Vermißten, die nur oberflächlich verscharrt worden war! — Die weitere Untersuchung wird hoffentlich Klarheit über diese grauenvolle Tat bringen.

)!(**Lützel** bei Hilchenbach, 25. Juni. In der in der Nähe unseres Ortes vorgekommenen Mordsache wurde heute Morgen ein hiesiger Einwohner wegen dringenden Verdachtes der Täterschaft verhaftet. Mehrere Kratzwunden im Gesicht, über deren Entstehung er sich nicht erklären konnte oder wollte, verstärkten die Verdachtsgründe. Um die Auffindung der Vermißten haben sich die Seminarzöglinge von Hilchenbach und Stift-Keppel besonders verdient gemacht. Zu diesem Zweck bedienten sie sich des Kriegshundes aus der Wirtschaft am Altenteich, der alsbald die Spur entdeckte. Wie wir schon oben mitteilen konnten, fand man die Ermordete oberflächlich eingescharrt und nur noch mit dem Hemd bekleidet vor. Die Kleider wurden an einer anderen Stelle, sorgfältig zusammengefaltet vorgefunden. Es entsteht nun die Vermutung, daß das Fräulein gewohnheitsgemäß ein Sonnenbad nehmen wollte und dabei in ihrer adamitischen Tracht überrascht wurde. Dabei sind vielleicht Zumutungen an sie gestellt worden, gegen die sie sich mit allen Kräften gewehrt hat. Ein schwerer Schlag gegen den Kopf, der das Gehirn bloslegte, wird ihren Tod herbeigeführt haben. Die sofort eingeleitete gerichtliche Untersuchung wird wohl das Weitere ergeben. Die Empörung über diese grausige Tat ist unter der hiesigen Einwohnerschaft allgemein. — Wie „Das Volk" meldet, hat der Mörder bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Eingesandt.

Für die unter dieser Rubrik erscheinenden Artikel übernehmen wir nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Es wird die Oeffentlichkeit interessieren, einige Einzelheiten über den Lohnkampf zu erfahren, der im Kreise auszubrechen droht. Die Forderungen der Arbeiterschaft gehen dahin daß sofort 35 Pfg. und ab 1. 7. weitere 20 Pfg. Zuschlag je Stunde erfolgen sollen, also eine Lohnerhöhung von rund 50% wird verlangt. Im Kreise ist die Industrie laut Rundfrage etwa zur Hälfte gut, die andere Hälfte teils mittel oder sehr schlecht beschäftigt. Verschiedene Firmen arbeiten stark auf Lager und sind nicht einmal imstande, aus ihrem Versand die Löhne und Gehälter zu bezahlen. Daß unter diesen schwierigen Umständen, die großenteils Folgen der Revolution sind, weitere Geldopfer schlecht gebracht werden können, liegt auf der Hand. Trotzdem hat der Arbeitgeberverband im Interesse des guten Einvernehmens mit der Arbeiterschaft geglaubt, vor weiteren Opfern nicht zurückschrecken zu sollen. Er bewilligte außer andern Zugeständnissen 20 Pf. je Stunde. Damit waren auch die beiden Gewerkschaftssekretäre nach langen Verhandlungen zufrieden, wie auch die zahlreichen Arbeitervertreter keine weiteren Forderungen mehr aufstellten. Wie unsinnig die Forderung der Arbeiter ist, erhellt am besten daraus, daß sie ganz allgemein 35 Pf. Zuschlag verlangen, einerlei ob es sich um einen 14jährigen oder 60 jährigen Arbeiter handelt. Es scheint also, als wenn die radikalere Richtung im Kreise die Oberhand gewinnen wollte, eine Erscheinung, wie sie seit November sattsam bekannt geworden ist. Der Streikandrohung sehen viele Arbeitgeber sehr gefaßt entgegen; manchen könnten die Arbeiter keinen größeren Gefallen tun und das Ende wird beweisen, daß Streike mitunter zweischneidige Waffen sind. Es ist mehr wie zweifelhaft, ob die Arbeiter durch Lohnerhöhung ihre Lebenslage verbessern können. Was hier mangelt, sind Lebensmittel und sie sollen mit aller Beschleunigung herangeschafft werden. Es steht zu hoffen, daß mit dem Friedensschluß alle Hemmnisse fallen, so daß in kurzer Zeit Lebensmittel zu bekommen sind. In jedem Falle kann sich die Not nur noch einige Wochen im Lande halten, mit Eintritt der nahen Ernte wird die Verpflegung eine entschieden bessere und bald werden die traurigen Zeiten verschwunden sein, unter denen heute fast alle Kreise leiden. Wer in einer Zeit, in der es heißt, Werte schaffen um jeden Preis, um endlich aus dem Jammer dieser Tage zu kommen, zum Streik übergeht, begeht ein Verbrechen an seinem Volke. Möge der Tag nie kommen, an dem die Arbeiterschaft des Kreises Wittgenstein es bereut, das im großen und ganzen gut patriarchalische Verhältnis zerrissen zu haben, das Arbeitgeber und -nehmer durch all die Jahrzehnte verbunden hat. Daß große Konkurrenzwerke, die außerhalb des Kreises liegen, teilweise wesentlich niedrigere Löhne geben, sei nebenbei erwähnt.

Letzte Nachrichten.

Telegramme des Wolff'schen Depeschen-Büros.

(Nur in einem Teil der Auflage, da während des Druckes eingegangen.)

WTB. **Berlin**, 26. Juni. Die **Reichsminister Hermann Müller** und **Dr. Bell** haben sich auf einstimmiges Ersuchen der Reichsregierung entschlossen, als **Bevollmächtigte** in Versailles den **Friedensvertrag zu unterzeichnen.** Sie haben geglaubt, unter dem furchtbaren Druck der Volksnot und dem unbedingten Bedürfnis, endlich zum Frieden zu kommen, sich diesem letzten und schwersten persönlichen Opfer nicht entziehen zu können.

Regierungstreue Wehrfähige
werden noch angenommen bei
Reichswehr-Inf.-Regt. 22
1. Batl. (früher Regt. 80) Werbestelle Weilburg, Garnison Herborn,
2. Batl. früher Regt. 81) Werbestelle Wetzlar, Garnison Siegen,
3. Batl. (früher Regt. 87) Werbestelle Fulda, Garnison Fulda,
Regimentswerbestelle: Schloß Braunfels/Lahn.
Militärpapiere, behördlich beglaubigte Führungszeugnisse mitbringen.

Eine
Maurerkolonne
von vier Mann nach **Arnsberg i. Westf.** gesucht Kost und Logis vorhanden.
Zu melden bei
C. Keßler,
Baugeschäft,
Oeventrop,
Krs. Arnsberg i. Westf.

Gesucht nach Bad Nauheim zu kinderlosem Ehepaar am liebsten
älteres Mädchen.
Dasselbe muß 4—6 Zimmer (Kurgäste) bedienen, erhält guten Lohn, hohe Nebenbezüge u. wird freundlich behandelt.
Frau Ludw. Linkmann
Bad Nauheim,
Zanderstraße 20.

Suche für 1. Aug. oder 1. Sept. eine
freundl. Wohnung
von 2 oder 3 Zimmern und Küche (zwei Personen) in Laasphe zu mieten. Gefl. schriftl. Ang. u. **L K. 1042** an die Wittgenst. Ztg.

Bekanntmachung.
Am **Samstag den 28. d. M., nachm. 1 Uhr** findet in der hiesigen alten Schule die **Vergebung der Zuchtbullen** statt.
Die Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben.
Erndtebrück, 21. 7 19.
Weyandt,
Gemeindevorsteher.

Der Gemeinde Erndtebrück sind 15 Parzellen **Gras** in der Scharbach zugewiesen worden. Bewerber um diese Grasflächen wollen sich **am Freitag abend 9 Uhr** in der alten Schule hierselbst einfinden.
Erndtebrück.
Weyandt, Gemeindevorst.

Dickwurzpflanzen
verkauft
Hofgärtnerei Wittgenstein.

Kopf-Salat
große feste Köpfe, Stück zu 30 u. 40 Pfg. täglich frisch gibt ab
Gärtnerei Aug. Braun,
Laasphe.

Rhabarber, Spargel, Gurken
empfiehlt
Wwe. Ludw. Busch,
Erndtebrück.

Ein gebrauchter, etwas beschädigter
Kochherd
mit Backofen sehr billig zu verkaufen. Auskunft erteilt die Erndtebrücker Ztg.

RASCH und SPARSAM
baut man nach der **AMBI-Bauweise.** Rohstoffe überall erreichbar. Dach-Ziegel durch die **AMBI-Dachstein-Maschine** für Handbetrieb
Anfragen an:
AMBI, Abt. II K
Charlottenburg
Goldene Medaille u. Silberner Staatspreis 1919 Reichsverband für sparsame Bauweise

Einkaufsverein Wittgensteiner Lebensmittel-Händler
E. G. m. b. H.
Berleburg.

Bilanz per 31. März 1919.

Aktiva:

Guthaben bei Banken	Mk.	33 842,43
Warenforderungen	„	43 360,65
Debitoren (Lieferanten)	„	3 462,26
Warenvorräte	„	49 432,30
	Mk.	130 097,64

Passiva:

Diverse Gläubiger		Mk.	60 823,27
Mitglieder-Anteile		„	24 400,—
Darlehns-Gläubiger		„	8 400,—
Kto. ordentl. Reservefonds	Mk. 1 847,08		
do. außerordentl. do.	„ 11 531,93		
Delkredere-Kto.	„ 2 552,33		
Warenumsatzsteuer-Konto	„ 2 190 53	„	18 121,87
Gewinn pr. 1918/19		„	18 352,50
Verteilung des Gewinns:			
10% d. ordentl. Reservef.	Mk. 1 835,25		
5% Dividende an Mitgl.	„ 1 212,09		
Diverse Vergütungen	„ 3 490,—		
Außerordentl. Reservefonds	„ 11 815 16		
	Mk. 18 352,50		
		Mk	130 097 64

Am 31. 3. 1918 betrug die Mitgliederzahl 119
Hinzugekommen neue Mitglieder . . . 3
Mitgliederzahl am 31. März 1919 . . . 122
Im letzten Geschäftsjahre haben sich vermehrt:
die Geschäftsguthaben um . . . Mk. 600.—
die Haftsumme um . . . . . „ 600.—
Betrag der Gesamthaftsumme am Jahresschlusse: Mk. 24.400.

Der Vorstand.
E. Wolff. S. Schneider.

Jagd-Verpachtung.

Die Jagdnutzung des gemeinschaftlichen Jagdbezirks **Erndtebrück** soll am

Mittwoch d. 9. Juli d. J., nachm. 2½ Uhr

im Wittgensteiner Hof hierselbst auf die Dauer von 6 Jahren, beginnend mit dem 1. September 1919, öffentlich verpachtet werden.

Die Pachtbedingungen können bei dem Unterzeichneten eingesehen oder auch von ihm gegen eine Schreibgebühr von 2 Mk. bezogen werden.

Erndtebrück, den 21. Juni 1919.

Der Jagd-Vorsteher:
Weyand.

Stellen-Angebote:

20 Fabrikarbeiter,
6 Schreinergesellen,
2 Knechte,
2 Steineschläger,
10—20 männliche oder weibl. Arbeiter,
10 Bergleute (Schiefergrube),
1 Zimmerlehrling,
3 Schuhmachergesellen,
1 Stellmachergeselle,
2 Drechsler,
4 Dienstmädchen.

Stellensuchende:

1 Kaufmann für Büro,
1 Kaufmann,
1 Lagerist.
1 Kaufmann als Reisender,
4 Bürogehilfen.
1 Hufschmied.

Bezirks-Arbeitsnachweis
des Kreises Wittgenstein,
Berleburg, Jakob Noldestraße 57. Telephon Nr. 2.

Magnetopathie!

Empfehle mich in Behandlung von
Kopfschmerzen, Magenschmerzen (Durchfall, Verstopfung, Appetitlosigkeit) Epilepsie, Rheumatismus (Hexenschuß) Ischias, Brandwunden usw.

Sprechstunden im
Gasthof Winter, Berleburg (Westf.)
und zwar täglich (außer Mittwochs) von 8—12 Uhr und nachmittags von 2 bis 7 Uhr. Sonntags von 8 bis 12 Uhr.

Behandlung auch auswärts.
Wilh. Schneider, Magnetopath,
Berleburg (Westf.), Mittelstraße 1.

Handbetriebs - Fahrräder
(Selbstfahrer)
und
Kranken-Fahrstühle
für Straße und Zimmer
für Kriegsbeschädigte und Kranke.
Walter Diercks, Dillenburg.
Hauptstraße 44. Telefon 63.
technische Gummiwaren u. Asbest-Fabrikate,
Auto — Fahrrad-Bereifungen.
Kernleder — Treibriemen.
Kriegsbeschädigten gewähre ich Rabatt.

In großen Mengen eingetroffen:
Kernseife, Toilettenseife, Seifenpulver
(markenfrei) zum billigsten Tagespreis.
August Backeshoff,
Agentur- und Kommissionsgeschäft,
Biedenkopf, Stadtgasse 30.
Fernruf 114.

Fertige
Sensen,
Wetzsteine,
lose Sensen und Sensenbäume,
solange der Vorrat reicht, zu haben bei
Karl Herling,
Schlosserei,
Erndtebrück.

Solinger Stahlwaren.

Versilberte Tischmesser im Etui, pr. Dtzd. 45 Mk.,
Gabeln, Dtzd. 44 Mk.,
Eßlöffel, Dtzd 40 Mk.,
Teelöffel, Dtzd. 35 Mk.
Alles versilbert.
Taschenmesser, Elfenbeinschale, 3teilig, Dtzd. 35 Mk.,
liefert per Nachnahme
H. König,
Solingen 137.

Für Bäcker!
Michael Neffgen,
Backofenbaugeschäft
Königswinter a. Rhein
empfiehlt sich im Aufbau von **Königswinter Backöfen.**
Jeder Herd aus zwei Steinen.
Alle Reparaturen werden prompt ausgeführt.

Lichtspiele Laasphe

Samstag den 28. Juni, von 8½—11 Uhr,
Sonntag den 29. Juni, von 4—6½, 8¼—11 Uhr:
Großes, neues Spielprogramm!

Gasthof Koch

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und ehem. Kriegsteilnehmer.
Ortsgruppe Laasphe.

Die Kameraden und Kriegshinterbliebenen von Laasphe und Umgegend werden hiermit zu einer **Versammlung** am

Samstag den 28. Juni cr., abends 9 Uhr

im Gasthof Roth (früher Mengel) eingeladen.

Tagesordnung:
1. Wahl des Vorstandes sowie der Beisitzer.
2. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Verband wirtschaftlicher Vereinigungen für das deutsche Reich.
Ortsgruppe Feudingen.

Zu einer am **28. Juni, abends 9 Uhr** in der Gastwirtschaft Ewald Heinrich, Feudingen stattfindenden

Versammlung

werden alle Kameraden aus Feudingen und Umgegend freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
(Wahlkreis Siegen-Wittgenstein.)
Büro Siegen, Obere Häuslingstr. 10/1, Telefon 1338.

4 große
öffentliche Volksversammlungen
finden statt am

Samstag, den 28. Juni, abends 8½ Uhr in Birkelbach bei Gastwirt Bürger,
Sonntag, den 29. Juni, mittags 1 Uhr in Birkefehl bei Gastwirt Dickel,
Sonntag, den 29. Juni, nachmittags 3½ Uhr in Schameder bei Gastwirt Bomhof,
Sonntag, den 29. Juni, abends 8½ Uhr in Erndtebrück im Hotel H. Dickgräve.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
Sozialismus und Völkerfrieden.
Redner: **Herr Kreistagsabgeordneter und Parteisekretär Schmidt aus Siegen.**

Freie Diskussion.

Alle Männer und Frauen der genannten und umliegenden Orte sind zu diesen Versammlungen freundlichst eingeladen.

Der Kreisvorstand.

Für die anläßlich unserer silbernen Hochzeit dargebrachten Glückwünsche und Aufmerksamkeiten sagen wir

herzlichen Dank.

Karl Schreiber und Frau.

Niederlaasphe,
den 25. Juni 1919.

Preuss. Klassen-Lotterie.

Zur 1. Klasse 6 (Ziehung 15. und 16. Juli)

1/1	1/2	1/4	1/8 Lose.
M. 42,—,	21,—,	10,50,	5,25

Siegen. R. Stauf,
Preuß. Lotterieeinnehmer.

P. S. Bestellungen auf Lose werden auch von Herrn Hermann Jung, Laasphe entgegengenommen.

Vertreter
zum Verkauf von
Futterkalk
an Wiederverkäufer und Landwirte gesucht.
Josef Heller,
Leipzig Nö. 4,
Futterkalkfabrik.
Großer Bedarfsartikel.

Brennholz und Schanzen
kauft
Edm. Stock,
Solingen.

Bekanntmachung.

Die Fürstl. Rentkammer hat der Stadtverwaltung eine Anzahl **Grasteile** zur Heugrasnutzung überwiesen.

Viehbesitzer der Stadt Laasphe wollen Anträge auf Zuweisung von diesen Grasteilen am **Freitag nachm. von 3—5 Uhr** beim Bürgermeisteramt stellen.

Es liegt die Möglichkeit vor, einen Waggon **ausländischer Kartoffeln** zum Preise von etwa 35 M. pro Ztr. zu bekommen.

Diejenigen Haushaltungen, welche dringenden Bedarf an Kartoffeln haben und zu dem angegebenen Preise Kartoffeln beziehen wollen, wollen sich am **Freitag den 27. Juni, vormittags** auf dem Bürgermeisteramt melden.

Laasphe, 26. 6. 1919.
Die städtische Wirtschaftskommission.

Bekanntmachung.

Die hiesige **Bullenstation** ist wie folgt geöffnet:
von ½7—½8 Uhr vorm.
„ ½1—½2 „ mittags
„ 7— 8 „ nachm.
Laasphe, 25. 6 1919.
Die Zuchtstierkommission.

Tüchtiges
Zweitmädchen
gesucht.
Frau Heinr. Schmitt,
Hilchenbach.

Ein fast neuer
Kinderwagen
zu verkaufen.
Margrete Jung,
Gemeindeschwester,
Fischelbach.